

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 07.03.2025)

Titel: **Soziale Gerechtigkeit im Zentrum grüner Politik**

Antragstext

Soziale Gerechtigkeit im Zentrum grüner Politik

Wir erleben in den letzten Jahren, wie immer mehr Menschen bei der Deckung ihrer Lebensunterhaltungskosten in Probleme geraten, die Schere zwischen Arm und Reich weiterhin auseinanderdriftet und Gewinne über das Allgemeinwohl gestellt werden. Fragen wie die Bezahlung der Miete, welche Möglichkeiten für die eigenen Kinder geschaffen werden können oder ob eine Beteiligung in dieser Gesellschaft noch möglich ist sind für immer mehr Personen alltäglich. Mit Blick auf die Wahlentscheidungen und Stimmung der Menschen im Land ist auch zu erkennen, dass unsere Freiheit und Demokratie darunter leiden, wenn diese Fragen unbeantwortet bleiben. Als progressive, linke Partei muss Bündnis 90/Die Grünen hier zu Stelle sein.

Nach der Bundestagswahl und vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen muss sich unsere Partei mit verschiedensten Fragen zu Inhalten und der weiteren Ausrichtung beschäftigen. Die soziale Frage muss wieder stärker ins Zentrum unserer Politik rücken. Die Ergebnisse der Bundestagswahl haben dabei gezeigt, dass die Partei mit ihrem sozialpolitischen Profil nicht überzeugen konnten. Insbesondere die Abwanderungen zur Linkspartei, der Vertrauensverlust in bestimmten Milieus und die Kompetenzwerte belegen dies. Dies ist umso bitterer, wenn darauf geschaut wird, dass die Wahlprogramme und Forderungen die Antworten zu diesen Fragen liefern. Erfolgreiche Ziele wie die Steuergerechtigkeit, Entlastungen für die riesige Mehrheit der Gesellschaft, Ausgleich wie ein Klimageld oder die Einführung einer Kindergrundsicherung müssen offensiver gespielt werden. Daher muss mutig mit diesen Punkten umgehen und die grundsätzliche Frage nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft

25 beantworten.

26 **Schleswig-Holstein gerecht gestalten**

27 Für uns in Schleswig-Holstein, wo wir in politischer Verantwortung sind, sind
28 diese Fragen ebenso zentral, wie für die Partei insgesamt. Auf Landesebene haben
29 wir Spielraum um Projekte, die einen gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
30 umzusetzen und Fragen der Finanzierung zu lösen. Unsere Aufgabe muss sein diese
31 Optionen zu nutzen. Dazu gehören unter anderem die Aufträge an B90/Die Grünen:

- 32 • Den sozialen Wohnungsbau durch die Wohnraumförderung weiter auszubauen und
33 nach einem möglichem Beschluss des Sondervermögens für Infrastruktur auf
34 Bundesebene auch dieses dafür zu nutzen.

- 35 • Durch eine Ausweitung von Bildungs- und Beratungsangeboten, die soziale
36 Teilhabe zu stärken

- 37 • Steuerreformen bei der Erbschaftssteuer und der Grunderwerbssteuer zu
38 entwickeln und umzusetzen, um eine ausreichende Gegenfinanzierung der
39 verschiedenen Projekte sicherzustellen.

40 Neben direkt landespolitischen Aufgaben, soll der Landesverband diese
41 Themensetzung in seiner öffentlichen Positionierung stärken, sich in der
42 Bundespartei für die verstärkte Fokussierung stark machen und eine
43 mittelfristige Strategie zu sozialen Themen entwickeln, welche Vertrauen
44 zurückgewinnt und langfristig andere politische Mehrheiten schaffen kann.

Unterstützer*innen

Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Robert
Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg), Malena Trede (LV Grüne Jugend Schleswig-
Holstein), Bruno Borchardt (KV Pinneberg), Sören Lerke (KV Pinneberg), Florian Juhl (KV
Pinneberg), Lucas Hohann (KV Ostholstein), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Jesper
Ole Berg (KV Lübeck), Lenny Joe Christiansen (KV Ostholstein), Jacqueline Kühn (LV
Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Jan Boie
(KV Flensburg), Luca Brunsch (KV Kiel), Jan Kürschner (KV Kiel)